

## Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 63/007/2008/1

Kreistag am 19.06.2008

|                     |  |
|---------------------|--|
| <b>Zu Punkt 15:</b> | <b>Temporäre Umnutzung der stillgelegten Trasse der Niederbergbahn als Fuß- und Radweg</b> |
|---------------------|--|

KA Dr. Ibold erklärt, dass seine Fraktion der Förderung des Schienenpersonennahverkehrs absoluten Vorrang einräumt. Seiner Meinung nach gefährde der geplante Radweg auf Dauer die Realisierung der Circle-Line. Aufgrund vieler ungeklärter Fragen bittet er, heute noch keine Entscheidung zu treffen und den Tagesordnungspunkt stattdessen zu vertagen.

KA Völker, KA Carraro, KA Wedel und KA Kanschäp stellen fest, dass es seit der Beratung im Kreisausschuss keine neuen Argumente gibt und sprechen sich – nicht zuletzt wegen des enormen touristischen Potentials und der überregionalen Bedeutung des Projektes - für eine temporäre Umnutzung als Rad - und Gehweg aus.

KA Wedel beantragt, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen

*Die Verwaltung wird beauftragt mit der Stadt Wülfrath mit dem Ziel zu verhandeln, dass die Verkehrssicherungs- und Unterhaltungspflicht von der Stadt Wülfrath übernommen wird.*

Nach abschließender Diskussion lässt Landrat Hendele zunächst über den Vertagungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
28 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
17 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
6 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
1 Enthaltung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
6 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
5 Nein-Stimmen Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den ergänzten

### **Beschluss:**

1. Unter der Voraussetzung der Landesförderung erwirbt der Kreis Mettmann die Flächen der Trasse der Niederbergbahn auf dem Gebiet der Stadt Wülfrath und führt die gesamten Baumaßnahmen für die Herstellung des Radweges auf dem Gebiet der Stadt Wülfrath durch. Die anfallenden Kosten sind im Haushalt 2009 einzuplanen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt mit der Stadt Wülfrath mit dem Ziel zu verhandeln, dass die Verkehrssicherungs- und Unterhaltungspflicht von der Stadt Wülfrath übernommen wird.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**  
bei 7 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

*Das Ergebnis der Beratungen zu diesem Punkt aus dem Kreisausschuss finden Sie zur Ursprungsvorlage 63/007/2008.*